

GEWALT IN HAMBURG

Wir wollen uns an Auseinandersetzungen mit Waffen nicht gewöhnen

Immer wieder kommt es in Hamburg zu Vorfällen mit Messern oder Schusswaffen, wie aktuell wieder in St. Georg. Ganz offensichtlich handelt es sich oftmals um Streitigkeiten im kriminellen Milieu. Die Polizei muss an den Kommissariaten so aufgestellt sein, dass erkannte Treffpunkte Krimineller regelmäßig mit Schwerpunkteinsätzen kontrolliert werden können.

GdP Hamburg

Glücklicherweise sind solche Taten nicht an der Tagesordnung. Es ist jedoch zu befürchten, dass diese Taten einen Hintergrund in der Bandenkriminalität haben. Wenn Banden ihre Streitigkeiten auf offener Straße austragen und Schusswaffen und Messer einsetzen, dann muss das ein Alarmzeichen sein.

Eine zunehmende Entfremdung größerer Teile der Gesellschaft ist zu befürchten

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte bereits in der Vergangenheit vor rivalisierenden Gruppen gewarnt und Verbundeinsätze angemahnt. Die Vergangenheit habe gezeigt, „dass wir hellwach sein müssen“, sagte der hamburgische GdP-Chef Horst Niens. Welche Folgen die Taten in Hamburg aber tatsächlich in den kommenden Tagen und Wochen habe, sei spekulativ. „Das ist eine Welt für sich, die sehr schwierig

abzuschätzen ist“, sagt Niens. Fest steht aber, dass wir Örtlichkeiten kennen, die mit ihrem Image aus der Halbwelt spielen und somit natürlich auch eine entsprechende Klientel anlocken. Die Mitglieder der GdP-Hamburg nehmen seit Jahren eine zunehmende Entfremdung größerer Teile der Gesellschaft von staatlichen Institutionen und eine damit einhergehende Gewaltbereitschaft dieser Menschen auch gegenüber der Polizei wahr.

Eine offene Feindseligkeit gegenüber staatlichen Institutionen wird gezeigt

Das zeigt sich auch bei den Einsätzen nach Gewalttaten, wo es regelmäßig zu Solidarisierungen gegen die polizeilichen Maßnahmen kommt. Ein Großteil der Polizeikräfte muss hier regelmäßig eingesetzt werden, um Einsatzmaßnahmen überhaupt erst möglich zu machen. Es ist zutreffend und muss offen ausgesprochen werden können, dass vor allem junge, teilweise jugendliche, Männer eine offene Feindseligkeit gegenüber staatlichen Institutio-

nen zeigen. Der Staat muss wehrhaft sein, auch im Bereich der konsequenten Strafverfolgung.

Strafen sind zwingend notwendig

Solche Gewalttaten wie jetzt in St. Georg können ein Klima der Angst weit über das Milieu hinaus verbreiten. Horst Niens: „Die Polizei, die Staatsanwaltschaft und auch die Gerichte sind seit Jahren bekanntermaßen überlastet. Das führt zu einer sehr hohen Länge der Ermittlungs- und Verfahrensdauer. Das wiederum wirkt sich auf die Täter so aus, dass sie sich aufgrund der Dauer, in der scheinbar nichts passiert, in Sicherheit wiegen und ihren kriminellen Handlungen weiter nachgehen. Zudem werden Ersttäter immer deutlich milder bestraft als Wiederholungstäter. Als Wiederholungstäter gilt man jedoch erst dann, wenn ein anderes Verfahren rechtskräftig abgeurteilt ist. Alle Taten, die die Täter also während der unnötig langen Verfahrensdauer legen, werden nicht strafverschärfend als Wiederholungstat abgeurteilt. Das muss aufhören.“ Die Verantwortung hierfür trägt die Politik und hier insbesondere die Justizsenatorin. Die Staatsanwaltschaft muss in Hamburg endlich so aufgestellt werden, dass Verfahren in einer angemessenen Zeit bearbeitet werden können. Hier gibt es derzeit in Hamburg erhebliche Defizite, die sich auf die Sicherheit in Hamburg auswirken. Wir müssen den Rechtsstaat wieder stärken und Straftätern gegenüber Autorität zurückgewinnen. Ein Wegschauen kann und darf sich niemand erlauben. Horst Niens abschließend: „Wir müssen konsequent gegen jede Form der Paralleljustiz vorgehen und die Gangart gegen kriminelle Gruppierungen verschärfen!“ ■

DP – Deutsche Polizei
Hamburg**Geschäftsstelle**
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle**
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr**Redaktion**
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de



GESUNDHEITSSCHUTZ

Zeitungstellung belastet die Gesundheit – Schichtdienst noch viel mehr!

Die GdP Hamburg tritt konsequent für eine Erhöhung der Zulage für besonders belastende Dienste im Polizeivollzug ein – mit eurer Unterstützung! Die Zeitungstellung beeinträchtigt die Gesundheit. So wird es immer wieder berichtet. Zeit, einen Blick auf den Schichtdienst und diesen Dienst zu ungünstigen Zeiten zu werfen. Schichtdienst macht krank und ist eine erhebliche Belastung für jede und jeden Schichtdienstleistende(n).

GdP Hamburg

Schichtdienst macht krank

Die GdP Hamburg fordert endlich eine Erhöhung der Zahlungen für Nachtarbeit und eine deutliche Erhöhung der Zulagen am Wochenende. Schichtdienst muss sich

zumindest finanziell lohnen – auch bei der Polizei! Neben Schlafstörungen und der Unterbrechung des natürlichen Schlaf-Wach-Rhythmus kann er auch langfristige Auswirkungen auf den Körper haben. Die Forderung der GdP Hamburg nach ei-

ner angemessenen Erhöhung der Zahlungen für Nachtarbeit ist daher durchaus begründet.

Zufriedenheit fördert die Gesundheit

Es ist wichtig, dass die Beschäftigten, insbesondere in Berufen wie der Polizei, angemessen für ihre zusätzlichen Belastungen entschädigt werden. Eine gerechte Entlohnung steigert die Motivation und Zufriedenheit der Mitarbeitenden und trägt dazu bei, ihre Gesundheit und Wohlbefinden langfristig zu fördern.

Es ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, den Schichtdienst nicht nur finanziell, sondern auch gesundheitlich besser zu unterstützen. Es müssen zudem langfristige Maßnahmen folgen. Dazu gehört, den geleisteten langjährigen Schichtdienst zu berücksichtigen und zu honorieren.
Der Landesvorstand



Robinson Club

ROBINSON CLUB
DJERBA BAHIA ****

Z.B IM JULI AB HAMBURG
DZ/ALL INCLUSIVE
1 WOCHE AB 1551€ P.P
JETZT BIS ZU 4% ALS
GDP MITGLIED SICHERN



Polizeisozialwerk
Hamburg GmbH



WWW.PSW-HAMBURG.DE



„In Teilen jugendlicher Subkultur wird Gewalt permanent thematisiert und als Ausdruck wirklicher Männlichkeit propagiert. Diese Gewalt wird als notwendig gerechtfertigt und als Beweis besonderer Männlichkeit heroisiert.“

GEWALT IN HAMBURG

Immer die gleichen politischen Reaktionen auf Gewaltvorfälle – Lippenbekenntnisse ohne notwendige und tatsächliche Konsequenzen

GdP Hamburg

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisiert, dass es nach Meldungen über Gewalt in Deutschland immer sehr schnell zu politischen Lippenbekenntnissen kommt, dann aber nichts passiert. Das Thema Jugendgewalt wird wieder genauso behandelt, wie die Ausschreitungen nach Silvester. Bei dem Thema ist bisher in Sachen Aufbereitung auch noch nicht wirklich viel passiert. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) Hamburg warnt angesichts der jüngsten Berichterstattung vor steigender Gewalt. „Es ist nicht mehr zu leugnen, dass wir in Deutschland und in Hamburg ein immer größeres Problem mit Gewalt haben“, sagte der Vorsitzende Horst Niens. „Es ist naiv zu glauben, dass aufgrund der Dauer der Strafverfahren die Rechtsprechung ausreichend ist, um präventive Effekte zu erzielen.“

Gewaltvorfälle dürfen nicht nur verwaltet werden

Die GdP Hamburg fordert ein deutliches Umdenken. Strafen müssen auf dem Fuß folgen. „Wir müssen den Rechtsstaat wieder stärken und Straftätern gegenüber Autorität zurückgewinnen“, sagte Niens. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) übt scharfe Kritik an dem Verwalten von Gewaltvorfällen in Deutschland, egal ob zu Silvester oder jetzt an Schulen. Die Folge aus solchen Meldungen sind wohlformulierte politische Statements in der Presse, dann folgt gefühlt nicht viel. Corona ist vorbei, trotzdem wird immer wieder darauf verwiesen. Es wirkt fast, als wäre es eine Beruhigungspille und eine dankbare vermeintliche Ursache, gegen die man nichts tun könnte. Das ist aber zu wenig. Die Gründe, dass Schüler Gewalt ausübten oder androhten, sind nach Einschätzung der GdP vielschichtig.

Vielfältige Ursachen

Oft hört man von Faktoren wie Defizite in der Selbststeuerung und geringes Selbstwert-

gefühl, aber auch familiäre und soziale Ursachen wie Gewalterfahrungen in der Familie. Es geht um soziale Normen und Werte und den Respekt in der Gruppe der Gleichaltrigen. Auch Gewaltinhalte in Medien und auf Online-Plattformen könnten aggressives Verhalten begünstigen. Schon die Krawalle zu Silvester und Halloween haben zu einer intensiven Debatte über Ursachen und Lösungsmöglichkeiten geführt. Nun folgt eine Debatte über Jugendgewalt. Die GdP Hamburg begrüßt diese Debatte ausdrücklich. Sie ist notwendig und überfällig. Sie ist die Ausgangslage für politisches Handeln zur Ursachenbekämpfung.

Erziehung und Respekt

Die brutalen und äußerst gewalttätigen Angriffe zeigen, dass es zu einer gesellschaftlichen Realität geworden ist, dass mit unverhohlenem Hass gegen andere vorgegangen wird und sich einige wenige über diese Gewaltausübung profilieren und sich „Respekt verschaffen“. Davon sind Polizeibeschäftigte seit Jahren betroffen, nunmehr rückt das Thema an Schulen wieder ins Blickfeld.

So richtig das allumfassende Bekenntnis ist, dass Gewalt vollkommen inakzeptabel und scharf zu verurteilen ist, so bleibt es leider bittere Realität, dass der politische Reflex auf diese Taten nicht ausreicht, um künftige Gewalttaten zu verhindern. Die GdP Hamburg fordert deshalb eine offene Debatte über Ursachen und mögliche Lösungsansätze.

Steigende Gewaltbereitschaft und das Gefühl von Entfremdung

Seit Jahren wird eine zunehmende Entfremdung größerer Teile der Gesellschaft von staatlichen Institutionen und eine damit einhergehende Gewaltbereitschaft dieser Menschen wahrgenommen.



Insbesondere ein toxisches Männlichkeitsbild junger Heranwachsender ist ein Problem. Aus Sicht der GdP Hamburg muss Politik jetzt endlich nachhaltig auf die Entwicklungen reagieren. In Teilen jugendlicher Subkultur wird Gewalt permanent thematisiert und als Ausdruck wirklicher Männlichkeit propagiert. Diese Gewalt wird als notwendig gerechtfertigt und als Beweis besonderer Männlichkeit heroisiert. Wer mit Musik oder über Plattformen bestimmte Peer-Gruppen erreicht und in den Texten Gewalt feiert, ist mitverantwortlich für Gewaltexzesse. Hier muss es eine deutliche gesellschaftliche Reaktion und Ächtung erfolgen.

Phänomene müssen in der Gesellschaft ernst genommen werden

GdP-Chef Niens: „Wir müssen Gewalt in Schulen und im öffentlichen Raum ernst nehmen. Wir dürfen nicht zulassen, dass das Recht des Stärkeren gilt. Hier geht es auch um Vertrauen in den Rechtsstaat und um die Demokratie. Ob Schule, St. Georg, Harburg oder Jungfernstieg. Wir müssen uns die Orte anschauen, die durch Gewalttaten auffallen. Wir müssen über Beleuchtung und Städtebau sprechen. Und es müssen alle staatlichen Stellen Verantwortung übernehmen.“

Prävention beginnt im Elternhaus und in der Schule sowie mit Kontrollen und Präsenz der Polizei. Dazu muss die Polizei in der Fläche gut ausgestattet sein, sowohl was die Ausrüstung angeht als auch die Personalstärke. Und auch andere Behörden müssen vor Ort – auf der Straße – stattfinden. Es gibt viel zu tun. Probleme an Schulen und bei der Integration müssen klar benannt werden. Dabei geht es auch um falsche Vorbilder und toxische Männlichkeitsbilder. Aus den Erkenntnissen müssen schnell die richtigen Schlüsse gezogen werden. Unsere Demokratie und unser Rechtsstaat sind hier alle Anstrengungen wert.“ ■



BEIHILFE

Beihilfe. Im Gespräch.

Bericht zum „Jahresgespräch Beihilfe 2023“ im ZPD

Vereinbarungsgemäß findet jährlich einmal – etwa im November – ein Gespräch zwischen den Leitungen des Personalamtes, des ZPD und des Geschäftsbereiches Beihilfe (ZPD 5) einerseits sowie einigen DGB-Gewerkschaften andererseits statt. Die DGB-Delegation wird von Olaf Schwede geleitet und von VertreterInnen aus der GEW, ver.di und der GdP unterstützt. Wegen des Wechsels in der Leitung des Geschäftsbereich 5 „Beihilfe und Heilfürsorge“ wurde das für November 2023 geplante Gespräch auf den 20. Februar 2024 verschoben.

Holger Radtke (GEW) und Klaus-Peter Leiste (GdP)

Der Leiter der ZPD, Herr Lindhoff begrüßte die Teilnehmer der „DGB-AG Beihilfe“ und stellte die neue Leiterin Frau Maiwirth vor. Der nachfolgende Bericht liefert einen Überblick über angesprochene/behandelte Themen bzw. vereinbarte Vorhaben.

Einige Zahlen mögen die Dynamik des Themas Beihilfe bzw. die damit verbundenen Bearbeitungsdimensionen verdeutlichen: Im Zeitraum 2019–2023 stiegen die jährlichen Antragszahlen um etwa 30 % auf nunmehr gut 410.000 – mit mehr als 2,5 Mio. Belegen. Mit langsam steigender Tendenz werden inzwischen etwa 40 % aller Anträge digital eingereicht. Die deutlich gestiegenen Antragszahlen, umfangreiche datentechnische Arbeiten und Schulungen der Sachbearbeitungen (wegen eines neuen Fachverfahrens und neuer Verarbeitungsprogramme) haben im September '22 zu einem Höchststand in den Beihilfebearbeitungszeiten (Ø 22,5 Tage) geführt. Die inakzeptabel lange Bearbeitungsdauer konnte inzwischen zwar deutlich reduziert werden (unter 15), ist aber immer noch weit von der angestrebten Dauer von Ø 10 Tagen entfernt. Das trifft insbesondere auch auf die ohnehin hochkomplexen und fachlich herausfordernden Beihilfeanträgen zum Thema Pflege zu. Insgesamt besteht die wohl nicht

unberechtigte Hoffnung, dass die zunehmend programmgestützte, teilautomatisierte, regelbasierte und digitalisierte Bearbeitung zu schnelleren Bearbeitungen führt.

Damit dieses Ziel und die mit der Nutzung der Beihilfe-App verbundenen Hoffnungen noch mehr zum Tragen kommen, bekommt die App noch in der ersten Jahreshälfte '24 ein Update mit einer moderneren Optik und verbesserten Belegerfassung. Weiterhin und dauerhaft können alle Anträge analog versandt werden. Die „papierlose“ und digitale Form überzeugt aber offensichtlich immer mehr KollegInnen und erleichtert die Bearbeitungsprozesse. Mittelfristig wird es ohnehin so sein, dass uns digitalisierte Abläufe in den Praxen begegnen werden (E-Rezepte, E-Rechnungen). Sie werden sich spürbar auf die Antragstellungen und Bearbeitungen auswirken.

Von uns vor Jahren angeregt sind inzwischen Direktabrechnungen mit Krankenhäusern möglich, die Nutzerzahlen stagnieren aber bei etwa 150 Fällen pro Monat. Direktabrechnungen sind von der Zustimmung der einzelnen Krankenhäuser abhängig. Gerade für ältere Beihilfeempfänger kann dies entlastend sein, zumal es oft um größere Geldbeträge geht. Empfehlung: möglichst vor einer Krankenhaus-

einweisung den Vordruck „Antrag auf Gewährung von Beihilfe und auf Direktabrechnung“ (ZPD>Beihilfe>Vordrucke) ausdrucken. Bei der Aufnahme dann fragen, ob das Krankenhaus direkt abrechnen würde. Alternative: Beihilfeberechtigte haben die Möglichkeit, die Beihilfezahlungen zu Krankenhausrechnungen über die Angaben im Beihilfeantrag (Punkt 2, Bankverbindung) direkt an das Krankenhaus überweisen zu lassen. Dazu ist keine Zustimmung des Krankenhauses nötig.

Die von den DGB-Gewerkschaften geforderte und schließlich 2018 eingeführte Möglichkeit der pauschalen Beihilfe wird von einer kleinen wachsenden Minderheit (knapp 2.700 Personen) genutzt.

Als Folge von Forschung und Wissenschaft, aber auch, weil riesige wirtschaftliche und unterschiedliche politische Interessen sich im Gesundheitswesen treffen und einen hohen Innovationsdruck ausüben, wird auch die Beihilfe immer wieder angepasst und verändert. Auch deshalb, weil diese „Anpassungen“ unmittelbaren Einfluss auf die Lebens- und Einkommenssituation der Beschäftigten/Versorgungsempfänger haben, ist es notwendig, dass wir als Gewerkschaften die Interessen unserer Mitglieder im Blick haben und konsequent vertreten. So haben wir beispielsweise schon lange gefordert, dass die Einkommensgrenze für beihilfeberechtigte Ehepartner endlich angepasst wird. Ich bin sehr froh darüber, dass wir mit Olaf Schwede im DGB einen exzellent informierten und kompetenten Ansprechpartner haben. Er verfügt zugleich über fundierte Kenntnisse zu den parallelen Entwicklungen des Beihilferechts in den benachbarten Bundesländern und kann diese oft und anregend in die Gespräche einbringen.

Vereinbart wurde abschließend, in der zweiten Jahreshälfte endlich wieder zusammen mit den KollegInnen der Beihilfestelle eine Infoveranstaltung zu Einzelthemen des Beihilferechts im Curiohaus (GEW-Geschäftsstelle) zu veranstalten. Das Format hat sich bewährt und wurde in der Vergangenheit sehr gut angenommen. Eine entsprechende Einladung wird euch rechtzeitig erreichen. ■



BESICHTIGUNGSANGEBOT

Auf in den Sachsenwald in das Eisenbahnmuseum

Neuaufgabe der Ausflüge und Besichtigungen: Endlich ist es wieder so weit und die Planungen der Ausflüge und Besichtigungen haben wieder begonnen. Mit der Pandemie kam der Einschnitt bei allen Aktivitäten, und bis überall wieder die Normalität eingekehrt ist, dauert es manchmal etwas länger.

Gundula Thiele-Heckel



Termin notieren: 30. Mai 2024

Heute kann der Fachbereich der Senioren euch nun einen Ausflug der besonderen Art anbieten. Wir wollen in den Sachsenwald, nach Aumühle. Dort befindet sich das Eisenbahnmuseum, wo uns eindrucksvoll über 20 Regelspurfahrzeuge des norddeutschen Raumes erwarten. Einst dampften, schnauften und quietschten sie durch die Lande, die alten Dampfloks, Diesellokomotiven, Personen- und Güterwaggons und ehemaligen S-Bahnen – eindrucksvolle Impressionen aus der Eisenbahngeschichte. Nun wollen wir dort in alten Erinnerungen schwelgen.

Überraschungen vor Ort sind angesagt, ebenso wie Kaffee und ein Mittagsimbiss nebst Getränk. Die Teilnahmegebühren pro Person betragen voraussichtlich 17 Euro. Wir treffen uns am Donnerstag, dem 30. Mai 2024, um 10:30 Uhr am Bahnhof Aumühle.

Das Organisatorische dazu

Ein kurzer Weg durch den Wald führt uns dann zum Museum, bestes Wetter ist bestellt.

Wer nun Lust auf diese Besichtigungstour bekommen hat, der melde sich ganz schnell

für den 30. Mai in der GdP-Geschäftsstelle, Tel.: (040) 280896-0, an. Neben den Mitgliedern aus dem Seniorenbereich sind auch aktive Kolleginnen und Kollegen sowie Gäste erwünscht.

Mit Anmeldung wird um eine Überweisung der Teilnahmegebühr von 17 Euro pro Person auf folgendes Konto der GdP bei der BBB-Bank, GdP-Landesverband HH e. V., IBAN: DE 84 6609 0800 0000 7532 89 gebeten, erst dann ist die Anmeldung verbindlich. ■



Einladung zur Mitgliederversammlung der Senioren – unser Polizeipräsident zu Gast

Zu Gast in unserer Mitgliederversammlung im Mai wird unser Polizeipräsident Falk Schnabel sein. Über seine Zusage haben wir uns sehr gefreut. Für eine kleine Einstimmung verweise ich auf die digitale Ausgabe des HPJ 1/2024 mit dem von PÖA 2 geführten Interview „110 Tage PL Falk Schnabel“.

Habt ihr besondere Themenwünsche an HPJ und/oder besondere Fragestellungen, werden wir diese sammeln und weiterleiten. Nehmt die Gelegenheit wahr und sendet dafür zeitgerecht vorher eine entspre-

chende E-Mail an FBSenioren@gmx.eu. Wir senden euch bei Bedarf auch gerne die HPJ-Ausgabe zu. Wir erwarten einen interessanten und spannenden Nachmittag, aktuelle Themen liegen zahlreich an.

Die kommende Mitgliederversammlung findet am

Dienstag, 14. Mai 2024, um 15 Uhr in der Kantine des Polizeipräsidentiums

statt. Die Kantine hat, wie üblich, bis 15 Uhr geöffnet, zeitgerechtes Kommen sichert ggf. noch eine Tasse Kaffee oder Ähnliches. Bitte denkt auch an euren Mitgliederausweis für die Einlasskontrolle.

Wir freuen uns auch auf den kommenden Termin und hoffen auch von eurer Seite auf eine rege Teilnahme.

Michael Rath

GESETZENTWURF

Tiefes Misstrauen der Politik gegenüber der Polizei in Deutschland gefährdet die innere Sicherheit.

Hamburgs Innensenator Andy Grote hat den vom Bundeskabinett beschlossenen Gesetzentwurf zum V-Leute-Einsatz kritisiert. „Dieser Gesetzentwurf ist weder durch Erfahrungen aus der Praxis noch durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts begründet, sondern ist vielmehr geprägt durch ein tiefes Misstrauen gegenüber den Strafverfolgungsbehörden“, sagte er am Mittwoch.

GdP Hamburg

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) unterstützt diese Kritik ausdrücklich. Der Gesetzentwurf spreche dafür, „dass der Polizei ein grundlegendes Misstrauen entgegengebracht wird“, sagte GdP-Landesvize Lars Osburg. „Dies untergräbt nicht nur die Moral unserer Einsatzkräfte, sondern zeichnet einmal mehr erneut

ein bedenkliches Bild des Verhältnisses zwischen Politik und Polizei“, äußerte der Gewerkschaftsvize weiter.

Polizisten beklagen Misstrauen der Politik

Die Polizei habe bei Einsätzen von V-Leuten in der Vergangenheit stets besonnen und professionell gehandelt, sagte Osburg. Die Entwicklung der von Miss-

trauen gegenüber der Polizei geprägten Gesetzgebung nehme die Gewerkschaft „mit großer Sorge zur Kenntnis“, sagte Osburg. ■

Anzeige

DEM TODE
EINEN PLATZ
IM LEBEN
GEBEN.

IMMER AN IHRER SEITE.
24/7. SEIT 1920.

GdP
BESTATTUNGEN
BESTATTUNGSVORSORGE

gbi-hamburg.de

**Hinweis:**

Aus datenschutzrechtlichen Gründen ist eine Veröffentlichung von 25-j. und 40-j. Dienstjubiläen ohne ausdrückliche Zustimmung des Jubilars in der Zeitschrift „Deutsche Polizei“ leider nicht mehr gestattet. Sollte eine Veröffentlichung des Dienstjubiläums gewünscht werden, bitten wir um Mitteilung des Termins an die GdP-Mitgliederverwaltung. **Tel.: (040) 280896-17**